

**Kreistag 07.12.2017**

## **TOP 4 Erklärung des Landrates zur abgesagten Verwaltungsstrukturreform**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, werte Gäste,

am 01.11.2017 startete der Ministerpräsident des Landes Dietmar Woidke seine landesweite Zukunftstour in der Prignitz. Und überraschend verkündete er dass die Herausforderungen der Zukunft weiterhin mit 14 Landkreisen und 4 kreisfreien Städten gemeistert werden. An diesem Tag korrigierte der Ministerpräsident die bisherige Landespolitik, da nach seinen Aussagen das Land vor einer Zerreißprobe stand und der Zusammenhalt der Gesellschaft gefährdet war. Damit traf Dietmar Woidke diese alternativlose Entscheidung spät aber noch nicht zu spät. Dafür gebührt ihm Respekt und Anerkennung.

Diese Absage ist zugleich eine Aufforderung an Alle, achtsamer mit der Demokratie umzugehen.

Meine Damen und Herren,

der Kreistag Prignitz hat auf seiner letzten Sitzung die Stellungnahme zum Gesetzesentwurf der Kreisneugliederung beschlossen. Diese Stellungnahme war die Grundlage für die Anhörung im Landtag am 19.10.2017, zu welcher der Kreistagsvorsitzende Rainer Pickert und ich geladen waren.

Wie Sie wissen fand unsere Anhörung mit fast 6 Stunden Verspätung morgens um 01.30 Uhr statt. Man schaute in übermüdete, teils ausdruckslose Gesichter der Ausschussmitglieder. Der tatsächliche Zweck dieser Anhörung ging vollkommen verloren. Wie sollten auch die Landtagsabgeordneten den Anzuhörenden inhaltlich folgen können, wenn diese schon seit fast 17 Stunden den Ausführungen folgen mussten. Wir haben das Verfahren gerügt, da nach unserer Einschätzung diese Anhörung der Verfassung des Landes Brandenburg nicht entsprach. Dem Ausschussvorsitzenden entglitt die Sitzungsleitung, Rainer Pickert brachte es auf den Punkt „Wenn ich so eine Kreistagssitzung führen würde, hätte ich am nächsten Tag einen Abwahantrag auf dem Tisch.“

Das Fass zum Überlaufen brachte eine Pressemitteilung auf der Homepage des Landtages, welche über eine bereits stattgefundenen zweitägigen Anhörung berichtete, obwohl der erste Tag der Anhörung noch nicht einmal beendet war.

Ich habe mich in dieser Nacht für den Landtag Brandenburg geschämt, diese Anhörung hat der Demokratie geschadet.

Aus heutiger Sicht ist festzustellen, wäre diese Anhörung nicht so desaströs verlaufen, hätte der Ministerpräsident die Reform nicht gestoppt und der Landtag Brandenburg hätte planmäßig die Auflösung des Landkreises Prignitz beschlossen.

Mit der Absage der Verwaltungsstrukturreform ist auch klar, Perleberg bleibt Kreisstadt.

Damit ist den Landtagsabgeordneten die Last genommen, sich für eine Kreisstadt bekennen zu müssen.

Die Kreisstadtfrage führte in den letzten Wochen dazu, dass sich Regionen gegeneinander stellten, welche später vertrauensvoll zusammenarbeiten sollten.

Meine Damen und Herren,

heute vor gut einem Jahr übergab uns das Innenministerium den Referentenentwurf zum Kreisneugliederungsgesetz. 513 Seiten umfasste das Werk, welches den Reformbedarf unter anderem auch mit der unzureichenden finanziellen Leistungsfähigkeit der Landkreise begründete. Für die Prignitz stellte das Innenministerium fest, ich zitiere: „In der Gesamtbetrachtung muss die dauernde Leistungsfähigkeit des Landkreises sowohl gegenwärtig als auch im mittelfristigen Finanzzeitraum als nicht gegeben eingeschätzt werden.“

Wenige Tage vor der Anhörung verlautete es aus der Potsdamer Koalition, dass ein Landkreis unter 80.000 Einwohner nicht leistungsfähig sein kann.

In Brandenburg gibt es nur einen Landkreis unter 80.000 Einwohner, das sind wir, das ist die Prignitz.

Und genau am selben Tag dieser Nachricht bekam der Landkreis Prignitz Post aus dem Innenministerium.

Es wird festgestellt, Zitat: „Insgesamt kann nunmehr bestätigt werden, dass der Landkreis seine dauernde Leistungsfähigkeit wieder erreicht hat.“ Darüber hinaus wird herausgestellt, Zitat: „Positiv ist weiterhin hervorzuheben, dass der Landkreis am 08.12.2016 den Jahresabschluss 2015 beschlossen und mit Bericht vom 20.12.2016 vorgelegt hat. Damit hat der Landkreis Prignitz die gesetzliche Frist eingehalten und gehört damit – neben dem Landkreis Dahme-Spreewald – zu den einzigen, die dies bisher erreicht haben. Insoweit gehe ich davon aus, dass der Landkreis Prignitz auch den Jahresabschluss 2016 innerhalb der gesetzlich vorgegebenen Frist beschließen und mir zeitnah vorliegen wird.“ Zitatende.

Und genau das werden wir heute tun. Der Jahresabschluss 2016 steht heute auf der Tagesordnung zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, werte Gäste,

Die Absage dieser Reform hätte viel früher kommen müssen, denn durch das viel zu lange Festhalten an dieser Reform wurde Vertrauen zerstört. Zudem hat dieser Prozess sehr viel Ressourcen von Kreistag und Verwaltung gebunden.

Die Aussage des Innenministers vom 17.02.2015, Zitat „Nur vor dem Hintergrund einer möglichst umfassenden Aufgabenverlagerung auf die Kreisebene lässt sich eine flächendeckende Kreisgebietsreform im Land Brandenburg überhaupt rechtfertigen“ war die Messlatte für das weitere Vorgehen.

Nachdem festzustellen war, dass nur noch 3 Aufgaben von ehemals 22 auf den neuen Landkreis Prignitz-Ruppin übergeben sollten, gab es diese Rechtfertigung für eine Kreisgebietsreform nicht mehr. Hier war die notwendige Korrektur der Landesregierung ausgeblieben und der Prozess war nicht mehr vermittelbar.

Es fehlte der Mut zur Kurskorrektur.

An dieser Stelle möchte ich mich bei Ihnen für das Zusammenspiel und den Zusammenhalt bedanken. Ein persönlicher Dank geht an den Ältestenrat, hier insbesondere an die Fraktionsvorsitzenden von SPD und Die Linke, Harald Pohle und Bernd Polte. Beide haben sich von Anfang an den innerparteilichen Auseinandersetzungen in den Regierungsparteien gestellt und die Interessen des Landkreises bis zum Schluss vertreten.

Mein Dank gilt ebenso Hans Lange für sein engagiertes Wirken.

Wie nun weiter?

Der Landtag Brandenburg hat am 15. November 2017 die Entschließung „Gleichwertige Lebensbedingungen in Brandenburg schaffen – Demokratische Teilhabe ausbauen“ (LT-Drs. 6/7616) angenommen.

Mit der Annahme dieser Entschließung hat der Landtag beschlossen, dass:

- das Leitbild zur Verwaltungsstrukturreform 2019 (LT-DRS. 6/4528-B) aufgehoben wird,
- die geplante Kreisgebietsreform einschließlich der Einkreisung von kreisfreien Städten nicht durchgeführt wird,
- die Leistungsfähigkeit der Kommunalverwaltungen durch eine vertiefte interkommunale Zusammenarbeit verbessert werden soll.

Darüber hinaus hat der Landtag verschiedene Handlungsaufträge gegenüber der Landesregierung beschlossen. Danach wird die Landesregierung aufgefordert:

1. Die Vorschläge der Landkreise und kreisfreien Städte zur Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen im Land Brandenburg aufzugreifen und sie bei der Umsetzung zu unterstützen.
2. Zur Verbesserung der ehrenamtlichen Tätigkeit in den Kreistagen und in den Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte verschiedene näher untergesetzte Maßnahmen vorzubereiten und dem Landtag bis zum September 2018 vorzulegen.
3. Die Digitalisierung der Verwaltung voranzutreiben, um Verwaltungsleistungen bürgernäher und effektiver erbringen zu können. Dafür ist ein eGovernment-Gesetz ein zentrales Element. Bis 2018 soll unter Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände ein entsprechender Entwurf vorgelegt werden.
4. Den kommunalen Finanzausgleich weiterzuentwickeln. Durch die Weiterentwicklung des Soziallastenausgleichs sollen soziale Lasten stärker als bisher berücksichtigt und so ein besserer Ausgleich zwischen den Kommunen erzielt werden. Dazu soll die Verbundquote verbessert werden. Die Novellierung des FAG ist noch in dieser Wahlperiode bis 2019 umzusetzen.

Am 30. November 2017 hat ein Gespräch zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Landkreistag, Städte und Gemeindebund, sowie den kreisfreien Städten, über die Möglichkeit der weiteren Gestaltung der Zukunftsfähigkeit des Landes Brandenburg, stattgefunden. Weitere Gespräche werden im Rahmen einer Arbeitsgruppe folgen.

Werte Abgeordnete,

Dieser Aufgabenkatalog des Landtages an die Landesregierung beinhaltet auch Prignitzer Positionen, die wir seit Jahren einfordern.

So ist es zu begrüßen, das unter anderem der ländliche Raum mehr Beachtung finden soll um gleichwertigere Lebensbedingungen im Land zu sichern.

Folgerichtig ist die Novellierung des FAG. Es gilt den Sozillastenausgleich zu verbessern, ebenso die Verbundquote.

Meine Damen, meine Herren,

Vor gut 3 Wochen sollte der Landkreis Prignitz per Landtagsbeschluss in 2019 aufgelöst werden. Auch Dank der intensiven, kritischen aber konstruktiven Arbeit des Kreistages und der Kreisverwaltung ist es nicht nur gelungen diese Gebietsreform abzuwenden, sondern den ländlichen Raum stärker in die Betrachtung unserer Landesregierung zu rücken.

Bis zur nächsten Landtagswahl sind es noch 20 Monate. Nehmen wir die Landesregierung beim Wort.

Wir werden den Prozess unterstützen, weitere Kooperationen eingehen da wo es sinnvoll ist, und wir werden tagtäglich zeigen:

„Auch ein Landkreis unter 80.000 Einwohner ist leistungsfähig.“

Ich danke Ihnen.